



Stellungnahme der DFG-VK Darmstadt zum Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und dem Hessischen Kultusministerium

Nach Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland hat nun auch Hessen einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr geschlossen. Weitere werden mit Sicherheit folgen.

Die Frage ist, wozu diese Verträge dienen sollen? War es doch bisher schon so, dass den Jugendoffizieren der Bundeswehr in der Regel an allen Schulen die Türen geöffnet wurden. Und selbst die Kooperationsvereinbarung betont „die seit Jahrzehnten gute Kooperation“, die ohne eine solche Vereinbarung funktioniert hat. Also warum dann noch extra einen Vertrag abschließen?

Nach unserer Meinung geht es hier um mehrere Dinge:

1. Nach der Umstrukturierung der Bundeswehr und dem (vorläufigen) Ende der Wehrpflicht braucht die Armee jetzt Freiwillige, um den Truppenbestand zu sichern. Die Jugendoffiziere werden in den Schulen Werbung für den "Beruf" des Soldaten betreiben, auch wenn dies in der Vereinbarung offiziell ausgeschlossen wird.
2. Mit dem schon längere Zeit zu registrierenden Bestreben der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat wird immer davon gesprochen, dass Deutschland "mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse und auch bereit sei, diese zu übernehmen". Das heißt, dass die Zahl der Auslandseinsätze Bundeswehr in Zukunft noch weiter steigen dürfte.

Gegenwärtig ist die Bundeswehr an zehn Auslandseinsätzen beteiligt – in Afghanistan/Usbekistan(ISAF), Afghanistan(UNAMA), Libanon(UNIFIL), vor der Küste Somalias(ATALANTA), Uganda(EUTM SOM), Sudan(UNAMID), Sudan(UNMIS), Demokratische Republik Kongo(EUSEC RD CONGO), Kosovo(KFOR), Bosnien und Herzegowina(EUFOR).

Auch dafür werden die Jugendoffiziere in den Schulen werben, indem sie die Abenteuerlust der Jugendlichen wecken und gleichzeitig einen Beitrag zur Akzeptanz dieser Einsätze leisten.

3. Diese Auslandseinsätze haben sich aber auch immer mehr zu Kampfeinsätzen entwickelt. Für die damit zwangsläufig verbundenen Toten

muss ebenfalls eine Akzeptanz hergestellt werden. Für uns befindet sich Deutschland im Krieg. Dies wird von der Regierung mit der Floskel, beschönigt „Deutschlands Freiheit werde auch am Hindukusch verteidigt“. Außerdem bringt das Militär, so kann man lesen, Bildungsgerechtigkeit für Frauen und Hilfe beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Also wenn schon Krieg, dann ist es wenigstens ein "gerechter“.

Mit den Argumenten, Freiheit und Demokratie zu verteidigen und natürlich den "internationalen Terrorismus" zu bekämpfen, werden aber vor allem auch wirtschaftliche Interessen (freier Welthandel, Zugang zu Rohstoffvorkommen) geschützt und verteidigt.

Und die toten Bundeswehrsoldaten müssen da (leider) hingenommen werden.

Die Soldaten seien in der Gewissheit gestorben, «unserer Gesellschaft einen Schutz zu geben, dessen Bedarf wir erst zögerlich wahrzunehmen beginnen», sagte der Minister. Sie seien Opfer «hinterhältiger, feiger Anschläge» geworden, die erneut drastisch verdeutlicht hätten, wie gefährlich der Einsatz in Afghanistan sei. Man habe in Deutschland lange Zeit nicht wahrhaben wollen, dass Tod und Verwundung zu den Einsätzen der Bundeswehr gehörten. Der Umgang damit dürfe aber «niemals, wirklich niemals zur Routine werden» So Minister zu Guttenberg nach der Rhein-Zeitung vom 25.4.2010. (http://www.rhein-zeitung.de/nachrichten_artikel,-Guttenberg-bittet-bei-Trauerfeier-um-Verzeihung-_arid,79900.html)

Wer glaubt schon ernsthaft daran, dass, wie es in der Kooperationsvereinbarung heißt, Informationen der Jugendoffiziere frei von Indoktrination sind und "geeignet den Blick für andere Nationen, Religionen und Weltanschauungen zu öffnen." Wir jedenfalls nicht. Für uns ist ein Unding, wenn eine Organisation, die für das undemokratische Befehl- und Gehorsamsprinzip steht, unseren Kindern demokratische Werte vermitteln soll.

Darmstadt, 20. Januar 2011